

## Medien-Information

---

17. April 2018

---

### **Werben für den LNG-Standort Brunsbüttel: Ministerpräsident und Wirtschaftsminister reisen nach Rotterdam - Flüssiggas als Zukunftsenergie**

KIEL. Ministerpräsident Daniel Günther hat das große Interesse der Landesregierung am Bau eines Flüssigerdgas (LNG)-Terminals in Brunsbüttel unterstrichen. Der Standort biete „überzeugende und ausgereifte Perspektiven“ für die Verwirklichung des Projekts mit einem Investitionsvolumen von rund 450 Millionen Euro, sagte Günther nach einer Sitzung des Kabinetts heute (17. April) in Kiel.

In der Region Brunsbüttel, die durch eines der großen Industriezentren Norddeutschlands geprägt sei, gebe es zahlreiche Unternehmen, die Abnehmer für LNG sein könnten und damit eine Grundauslastung des Terminals gewährleisten würden, sagte Günther. Das Kabinett hatte zuvor beschlossen, für die Koordinierung des Projekts in den kommenden Jahren jeweils 250.000 Euro zur Verfügung zu stellen und auf diese Weise eine Projektbegleitung abzusichern. Zugleich sende die Regierung damit ein deutliches Signal der Unterstützung an die German LNG Terminal GmbH, einem von den drei Unternehmen Gasunie, Vopak und Oiltanking gegründeten Unternehmen zur Errichtung eines Multifunktionsterminals in Norddeutschland.

Am Mittwoch und Donnerstag werden der Ministerpräsident und Wirtschaftsminister Dr. Bernd Buchholz mit Vertretern aus Wirtschaft und Politik zu einem bereits existierenden LNG-Terminal nach Rotterdam reisen. Zur Delegation hat das Land auch den maritimen Koordinator der Bundesregierung, Norbert Brackmann, sowie Spitzenbeamte mehrerer Ministerien der Bundes- und der Landesregierung eingeladen. „Die Pläne werden bei uns auf höchster Ebene vorangetrieben“, sagte Günther. Bereits vor Monaten hatte die Landesregierung eine interministerielle Arbeitsgruppe (Task-Force) auf der Ebene der Staatssekretäre eingesetzt, die die Planungen für das Terminal vorantreiben soll. Leiter der Task-Force ist der Chef der Staatskanzlei, Staatssekretär Dirk Schrödter. Dies sei auch „angemessen“, sagte Günther. Bei dem Projekt handele es sich um das mit 450 Millionen Euro größte industrielle Investitionsvorhaben in Schleswig-Holstein.

Wirtschaftsminister Buchholz erinnerte zugleich daran, dass es sich um ein Projekt mit Bedeutung für ganz Deutschland handele. „Energiepolitisch leistet das LNG-Terminal einen erheblichen Beitrag zur Diversifikation des Erdgasbezugs, macht Deutschland ein Stück unabhängiger von russischem Pipelinegas und trägt so zur Versorgungssicherheit bei.“ Außerdem spiele LNG als Kraftstoff für Schiffe und schwere Lkw eine Schlüsselrolle für eine Senkung der Schadstoffemissionen im Verkehrssektor. „Wer hier schnelle Erfolge will, kommt an LNG als Kraftstoff nicht vorbei“, so Buchholz. Länder wie die Niederlande oder Frankreich seien Deutschland bereits einen großen Schritt voraus. Um LNG als Kraftstoff auch in Deutschland wirtschaftlich einsetzen zu können, benötige man dringend ein Importterminal. Der Transport von ausländischen Terminals per Lkw sei viel zu teuer.

Günther und Buchholz sehen deshalb die Bundesregierung in der Pflicht, Schleswig-Holstein bei der Verwirklichung des Projekts auch mit Fördermitteln zu unterstützen. „Der Aufbau einer neuen Infrastruktur geht in der Regel immer mit anfänglichen Wirtschaftlichkeitslücken einher“, so Günther. Hier müsse der Staat mit Blick auf seine energie- und umweltpolitischen Interessen mit Mitteln der Wirtschaftsförderung ansetzen, um die Lücke zu schließen und die Investition zu ermöglichen. Schleswig-Holstein könne das allein nicht stemmen.